

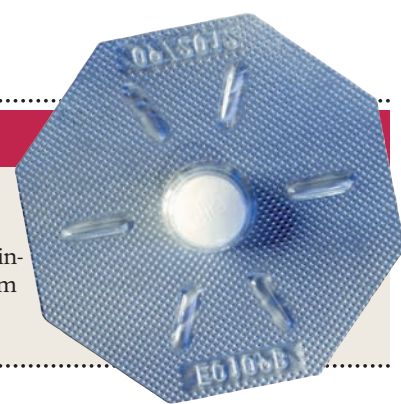


Krieg der Konfessionen
Warum sich in Nordirland Protestanten und Katholiken erneut bekämpfen. **Seiten 3, 4**

Rheinischer
MERKUR

Digitale Herzkammer
Das neue Museumsquartier in Lübeck verbindet Sakralkunst mit Moderne. **Seite 5**

Katholischer Kampfbegriff?
Chefarzt und Mediziner Stephan Sahm über die „Pille danach“. **Seite 2**



IHR MOTIV:
PIRATEN

Schiffbruch mit Krieger

Die Tragik des Piraten ist: Er kommt, um zu bleiben, doch er verschwindet meistens schnell. Ob vor 400 Jahren in der Karibik oder aktuell am Horn von Afrika – Piraten sind Gestalten des Übergangs, der Krise, des schwachen Staates. Wo es kein Gesetz gibt, da kommen Gesetzlose, um, solange es geht, zu profitieren. Trotzdem finden wir Piraten romantisch – vorausgesetzt jedenfalls, sie kapern nicht unsere Kreuzfahrtschiffe. Genau da aber liegt das Problem: Als Kapitäne will sie keiner haben. Da möchte man Kapitän Iglo am Steuer. Mit Rauschbart und Mütze weiß er immer, wo es langgeht, und sorgt für volle Teller. Krieger, die mit dem Messer zwischen den Zähnen an Bord entern, sind wenig beliebt – zumindest, wenn man zu den Geenterten gehört.

Das Seemannsgarn lässt sich politisch deuten. Immerhin haben die Piraten mit 2,1 Prozent bei der niedersächsischen Landtagswahl ihren ersten und vielleicht letzten Schiffbruch erlitten. Um deshalb in der schon reichlich strapazierten Metapher zu bleiben: Der Krieger mit dem Messer weiß, wie man das Schiff entert und was er damit anfangen soll. Die Piraten jedoch haben in kürzester Zeit bewiesen, dass sie weder eine Ahnung haben, wohin sie wollen, noch wo Steuerbord und Backbord ist im parlamentarischen System. Ein Pirat alten Schlages würde jetzt sagen: „Selbst schuld! Du hast dich mit dem System eingelassen!“ Man kann eben nicht Kapitän Iglo und Jack Sparrow, nicht Parlamentarier und außerparlamentarische Opposition in einem sein. Man muss sich entscheiden: Anpassen oder Untergehen? Als ihre Zeit kam, haben sich viele Piraten der Karibik für die erste Variante entschieden. Oft jagten sie danach erfolgreich die, die partout frei und ungebunden bleiben wollten. Am Ende siegt das System eben doch. Das ist die Tragik und die Romantik des Piraten. *Raoul Löbbert*

FOTO: PETER MOUNTAIN



Hilfe, wir haben Erfolg!

ERNÄHRUNG Der weltweite Wohlstand nimmt zu, Hunger und extreme Armut nehmen ab. Doch viele Hilfsorganisationen haben Angst vor guten Nachrichten und beschwören das Elend der Welt. Anmerkungen zu einem Dilemma, das sich während der Grünen Woche besonders deutlich zeigt

Von Astrid Prange

Mitleid ist eine globale Macht. Sie bewegt Milliarden von Euros rund um den Erdball. Sie definiert Helden und Versager und entscheidet oft über Leben und Tod. Ohne die Macht des Mitleids gäbe es keinen Einsatz für Menschenrechte und keinen Kampf gegen den Hunger in der Welt. Doch was passiert, wenn wir hierzulande in unserem Mitleid ertrinken? Wenn das schlechte Gewissen unser Denken und Handeln so stark durchdringt, dass wir permanent das Gefühl haben, uns freikaufen zu müssen? Und wenn trotz beachtlicher Erfolge anscheinend alles nur noch schlimmer wird? An Schuldzuweisungen mangelt es nicht. „Wir lassen sie verhungern“, lautet bezeichnenderweise der Titel von Jean Ziegler's neuestem Buch. Der ehemalige UN-Sonderberichterstatter der Vereinten Nationen für das Recht auf Nahrung schimpft auf die „kannibalische Weltordnung, auf multinationale Konzerne und Börsenspekulanten, auf die neoliberale Wahndee und den Schweizer Bankenbanditismus“. Auch bei vielen Hilfsorganisationen wird das Elend der Welt beschworen und an das Gewissen potenzieller Spender appelliert: „Worauf verzichst du, um den Hungernden zu helfen?“, fragt zum Beispiel World Vision die Besucher seiner Internetseite. Brot für die Welt verkündet: „Wir haben es satt, dass andere hungern“, und fordert eine „nachhaltige Agrarpolitik“. Die britische Organisation Oxfam mahnt mit erhobenem Zeigefinger: „Mit Essen spielt man nicht!“

Als der Co-Chef der Deutschen Bank, Jürgen Fitschen, ausgerechnet während der Grünen Woche ankündigte, dass sein Haus wieder mit Agrarrohstoffen wie Mais und Weizen spekulieren werde, traf ihn daher der geballte Zorn. Feindbilder pflegt die Helferszene reichlich. Spekulierende Großbanken, europäische Agrarsubventionen, gewinnhungrige Rinderzüchter, expandierende Monokulturen und globa-

le Nahrungsmittelkonzerne – sie alle scheinen sich gegen die Menschheit verschworen zu haben.

Doch bis jetzt ist die Apokalypse ausgeblieben. Mehr noch: Der weltweite Wohlstand ist sogar gewachsen. Glaubt man den Zahlen der Weltbank, ist der Anteil der Weltbevölkerung, der unter der absoluten Armutsgrenze lebt, im Zeitraum von 1981 bis 2008 von 52 Prozent auf 22 Prozent gesunken. Nach Angaben der UN-Organisation für Ernährung und Landwirtschaft (FAO) litten 1990 rund eine Milliarde Menschen unter Hunger, mittlerweile hat sich ihre Zahl

auf rund 870 Millionen verringert. „Nicht einmal der österreichische Ökonom Joseph Schumpeter hätte sich vorstellen können, dass die Weltbevölkerung einmal um das Sechsfache größer, aber um das Zehnfache wohlhabender sein würde als zu seiner Zeit“, schreibt die deutsch-amerikanische Ökonomin Sylvia Nasar in ihrem neuen Buch „Markt und Moral“. Die chinesische Bevölkerung lebt heute wahrscheinlich mindestens so gut wie als die Mehrheit der Engländer in den Fünfzigerjahren des 20. Jahrhunderts, wenn nicht sogar besser. Entwicklungsexperte Jeffrey Sachs ist geradezu euphorisch: Er glaubt,

dass Hunger und extreme Armut bis 2025 ganz aus der Welt geschafft werden können.

Viele Hilfsorganisationen sprechen diese Erfolge im Kampf gegen den weltweiten Hunger nur ungern an. Im Gegenteil, das Elend der Welt scheint immer größer zu werden: gestern Haiti, Afghanistan und Indonesien, heute Syrien und Mali. Dabei haben viele der Organisationen von Misereor über die Welthungerhilfe bis zum unermüdlichen Welternährungsprogramm der Vereinten Nationen (WFP) einen wichtigen Beitrag zu der positiven Entwicklung geleistet. Sie haben

nicht nur durch ihre zahlreichen Pilotprojekte bewiesen, dass ein menschenwürdiges Leben ohne Hunger möglich ist. Sie haben zugleich das Thema auf die internationale politische Tagesordnung gesetzt, dass Hunger die Folge von Armut, Naturkatastrophen, Krieg und schlechter Regierungsführung ist. Trotz Bevölkerungswachstum und sinkenden verfügbaren Anbauflächen werden heute ausrei-

chend Lebensmittel produziert, um die mehr als sieben Milliarden Menschen zu ernähren. Der jüngste Welthungerindex spricht eine deutliche Sprache: In Ländern mit Wirtschaftswachstum und sozialen Ausgleichsprogrammen wie Vietnam, Brasilien, Mexiko, Ghana, der Türkei und China geht der Hunger deutlich zurück. In Krisenregionen wie Burundi, der Elfenbeinküste, der Demokratischen Republik Kongo oder im abgeschotteten Nordkorea wächst der Anteil der unterernährten Bevölkerung.

Natürlich sind 870 Millionen Menschen, die hungern müssen, alles andere als ein Grund zur Freude. Sie sind ein Skandal, der zu Recht von Hilfsorganisationen angeprangert wird. Schließlich sei der afrikanische oder paraguayische Bauer, wie Jean Ziegler in seinem Buch anmerkt, „nicht weniger kompetent oder arbeitsam als der deutsche oder französische Landwirt“. Ihm fehlen beim Anbau schlicht die Traktoren, Bewässerungsanlagen, Mineraldünger und Samen. Solange es in Entwicklungsländern an Geld oder an politischem Willen mangelt, in die Produktivität von Kleinbauern zu investieren, wird sich daran nichts ändern.

Für viele Hilfsorganisationen führt diese Erkenntnis in ein Dilemma. Mit den Konterfeis von Regierungschefs, die sich mehr für Sojaproduzenten als für Kleinbauern interessieren, lassen sich nur schwer Spenden einwerben. Mit traurigen Kindergesichtern hingegen schon. Intern wissen sie um die wachsende Bedeutung politischer Lobbyarbeit. Extern präsentieren sie sich jedoch mit Projekten wie dem Bau von Schulen oder Gesundheitsstationen, die für den Spender einfach nachvollziehbar sind. Auch der Appell ans schlechte Gewissen kann hilfreich sein. Viele Menschen, die es nicht schaffen, seltener das Flugzeug zu nutzen und weniger Fleisch zu essen, gleichen dies mit einer Spende aus. Rund 4,5 Milliarden Euro fließen den Hilfsorganisationen in Deutschland jährlich zu. Die Macht des Mitleids ist stärker als die Macht der politischen Vernunft.



BRIEF AN DIE BUNDESKANZLERIN

BETR.: ASYMMETRIE

Sehr geehrte Frau Bundeskanzlerin,

war das eine Wahlnacht am Sonntag! Die Gefühlsdramen in den Gesichtern der Parteikandidaten, die Fanfaren der großen und kleinen Vorsitzenden und ihrer Spitzenkandidaten! Nur eine Vorsitzende fehlte: Sie, Frau Bundeskanzlerin. Sie, die Vorsitzende der CDU, der an diesem Abend ein weiteres wichtiges Bundesland von der Fahne gegangen ist. Dass Sie sich am Abend einer verlorenen Wahl nicht zeigen würden, war vorauszusehen. Mit Verlierern zeigen Sie sich nicht gerne. In Niedersachsen aber hat nicht nur Ihre Partei verloren. Auch Sie selbst haben verloren. Ans Ende gekommen ist auch eine Strategie, mit der Sie sich in der Vergangenheit persönlich immer durchgesetzt und wichtige Wahlen gewonnen haben. Es ist die Strategie der „asymmetrischen Demobilisierung“.

In seiner Analyse des Bundestagswahlkampfes 2009 hat der Chef der Forschungsgruppe Wahlen, Matthias Jung, diese Strategie sehr plausibel beschrieben. Als Journalist hat mich dieser Charakter Ihres Wahlkampfes immer kirre gemacht. Nicht, weil Sie mir persönlich unsympathisch erschienen oder weil ich parteipolitische Präferenzen in Gefahr sah. Ich bin ohne Parteibuch. Ihr Wahlkampfstil irritierte mich deswegen so sehr, weil er systematisch das vermißt, was der Sinn von Wahlkämpfen ist: dem Stimmbürger politische Alternativen vorzulegen, über die er nach bestem Wissen (und vielleicht Gewissen) entscheiden kann. Ich weiß noch genau, wie wir uns um Ihre Teilnahme an Fernsehdiskussionen mit den anderen Spitzenkandidaten bemüht hatten. Wochenlang, nein monatelang. Ohne Erfolg. Strikt und höchst konsequent hielten Sie sich an die Vorgaben der „asymmetrischen Demobilisierung“: möglichst kein Vergleich mit Ihren Konkurrenten, möglichst keine Festlegung auf klare politische Positionen,

möglichst keinen Streit mit wem auch immer. Lieber Sand als fester Boden. Der beste Wahlkampf schien und scheint Ihnen der, den keiner wahrnimmt. „Wenn alle schlafen, gewinnt Mutti“, soll einer aus Ihrer Zentrale mal zur Begründung dieser demokratiehygienisch fragwürdigen Strategie gesagt haben.

In Niedersachsen, Frau Bundeskanzlerin, haben Sie damit vor allem Ihre eigenen Leute eingeschläfert. Von 6,1 Millionen Wählern entschieden sich gerade 1,5 Millionen für die CDU. Auch taktisch haben Sie das Gegenteil dessen erreicht, was Sie mit Ihrer Demobilisierungsstrategie angestrebt haben. Die SPD wird Sie im Bundesrat mit eigenen Gesetzesinitiativen zu klaren Positionen zwingen. Ein wenig erinnern Sie mich, Frau Bundeskanzlerin, an führungsgängliche Chefs. Immer wenn sie entscheiden müssen, wiegen sie mit der vielsagenden Bemerkung ab: „Wir sitzen an der Biegung des Flusses.“ Und in der Tat, einiges schwimmt der Fluss auch vorbei: ausgebreitete Konkurrenten, manch passende Gelegenheit, auch die eine oder andere Überlegung. So warten diese Chefs lieber an der Biegung, als dass sie gestalten. Und möglicherweise sitzen sie noch heute dort, obwohl das Wasser des Flusses schon längst versiegt ist.

Nikolaus Brender

Nikolaus Brender ist Gastgeber der n-tv-Talkshow „Bei Brender“. Den „Brief an die Bundeskanzlerin“ schreiben die politischen Publizisten Michael Rutz, Nikolaus Brender und Johann Michael Möller im Wechsel.

